

Stefan Raetz

Die Flutkatastrophe vom 14. Juli 2021

Erkenntnisse für ein besseres kommunales Krisenmanagement

Regen, Regen, Regen – länger und mehr als sonst. Die Flutkatastrophe kam von oben. Es regnete tagelang. Die Böden konnten die Wassermassen nicht mehr aufnehmen. Der Boden war bereits wie ein Schwamm durchnässt. In den betroffenen Kommunen stiegen die Bäche rasend schnell an. Sie wurden binnen kürzester Zeit zu reißenden Flüssen. Statt 30 Zentimeter führten sie plötzlich vier, fünf, sechs Meter und mehr Wasser. Unvorstellbar die Zerstörungskraft des Wassers mit dem Schlamm und den mitgerissenen Bäumen, Autos und Häusern. Alles passierte unvorstellbar schnell. Eben noch das bekannte Hochwasser, das immer mal da war, und dann die Flutwelle, die alles zerstörte. Das Plötzliche war das Problem. Wasser, Schlamm, Geröll – überall. Das Kanalnetz war schnell überlastet. Der Wasserabfluss verlief völlig unkontrolliert und suchte sich seinen Weg.

Erschwerte Bedingungen

Eine verlässliche Vorwarnung hat nicht stattgefunden. Dann war es zu spät. Die Telekommunikation und die Stromversorgung fielen aus. Kein Strom, kein Telefon, kein Internet – keine Kommunikation untereinander und keine Möglichkeit, die Einwohnerinnen und Einwohner in Gänze zu warnen. Für die verstreuten Einsatzkräfte das Problem, dass ein valides Lagebild nicht zu erhalten ist. Die Führungsfähigkeit des Krisenstabs vor Ort ist damit nicht gegeben. Er tappte wortwörtlich im Dunkeln. Die Verkehrswege brachen zusammen. Straßen und Schienen waren überflutet, wurden unterspült und weggerissen. Autofahrer stehen, nicht nur auf der überfluteten Autobahn, auf den Dächern ihrer Autos. Häuser wurden bis ins Obergeschoss überflutet. Wasser und Schlamm zerstörten alles. Öltanks schwammen auf und platzten. Die ersten Toten sind zu beklagen. Eine Tal Sperre droht zu brechen. Erste Evakuierungsmaßnahmen laufen an. Feuerwehr, Rettungsdienste und das Technische

Hilfswerk sind schnell vor Ort und helfen, wo es möglich ist. Rettungsfahrzeuge bleiben im Schlamm und im Wasser stecken. Hubschrauber retten ganze Familien von Hausdächern. Die DLRG ist mit Booten unterwegs. Das Ausmaß der Zerstörung ist unbeschreiblich. Infrastruktur, Wohnhäuser, Gewerbeobjekte, Einzelhandel, Schulen, Hochschulen, Kindergärten, Vereinshäuser – alles ist geflutet und zu einem großen Teil zerstört.

Was lernen wir (hoffentlich) daraus?

Es gibt umfangreiche Maßnahmen, die nun schnell und als Lehre aus der Flutkatastrophe mit den verheerenden Folgen angegangen werden müssen. Diese können hier nur kurz angerissen werden.

- **Katastrophenbewältigung immer wieder üben, üben, üben.** Es hilft nicht, sich immer mal wieder vorzunehmen, solche Situationen zu üben. Man muss es auch tun – eine Führungsverantwortung. Zunächst sind Abläufe



Abb. 1: Die Ahrbrücke oder Nepomukbrücke in Rech, einer Ortsgemeinde im Landkreis Ahrweiler, ist eine Steinbogenbrücke über die Ahr und seit 1981 ein geschütztes Kulturdenkmal (Fotos: Stefan Raetz).

im Kleinen und dann in der Gesamtheit zu üben. Jedes Jahr! Die Erkenntnisse daraus müssen zu Verbesserungen führen. Flexible Entscheidungsstrukturen sind daraus abzuleiten, um im Bedarfsfall schnell zu pragmatischen Lösungen zu kommen.



Abb. 2: Kühlschränke, Waschmaschinen, Kühltruhen

- **Kooperation vor Ort mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.** Nutzen wir diese Kompetenz! Das Bundesamt muss Begleiter für das Erlernen der richtigen Handlungsoptionen sein. Bereits durchlebte Katastrophen geben die notwendigen Hinweise für die Praxis.
- **Ein landesweit einheitliches System zur Warnung der Bevölkerung muss eingeführt werden.** Es muss wieder in das Bewusstsein der Bevölkerung, was die Notsignale bedeuten. Die Sirenenanlagen dürfen nicht weiter abgebaut werden. Sie müssen dauerhaft funktionieren und nicht stromabhängig sein. Auch Lautsprecherdurchsagen müssen hierüber machbar sein.
- **Der Digitalfunk muss gegen Naturgefahren abgesichert werden.** Es nützt der beste Digitalfunk nichts, wenn er durch Naturgewalten „ausgeschaltet“ wird. Auch der Digitalfunk muss störungsunanfälliger werden.
- **Weitere Redundanzen zur Kommunikation sind vorzuhalten.** Wir können uns nicht mehr auf nur ein System verlassen. Fällt dieses System aus, fällt jegliche Kommunikation aus. Ein Ersatzsystem ist vorzuhalten.
- **Das kommunale und das länderübergreifende Hochwasser- und Starkregenmanagement müssen miteinander verzahnt werden.** Die Defizite waren eklatant. Hochwasser- und Starkregenmanagement können nicht an kommunalen Grenzen und auch nicht an Kreis- oder Ländergrenzen enden.
- **Hochwasserkarten und Prognosemodelle müssen flächendeckend erstellt werden.** Die Karten und Modelle sind noch nicht einheitlich vorhanden. Die Lücken müssen schnell geschlossen werden.
- **In Flurbereinigerungsverfahren sind Hochwasserabflussräume festzulegen.** Die Hochwasserabflussräume spielen bisher in der Flurbereinigung nur begrenzt eine Rolle. Mit Hochwasser muss in Zukunft fast überall gerechnet werden – auch dort, wo man es zunächst nicht für möglich hält.
- **Überschwemmungsgebiete sind zu aktualisieren und neu festzusetzen.** Die festgesetzten Überschwemmungsgebiete bilden nicht mehr überall die Realität ab. Hinzugekommene Bebauung und weitere Einflüsse verfälschen das Bild der seinerzeit festgesetzten Überschwemmungsgebiete.
- **Ein Kompetenzteam Hochwasserschutz muss auf Landesebene eingesetzt werden – auch mit kommunalen Experten.** Hier ist jedes Bundesland gefordert. Nicht nur die Dachverbände mit ihren Repräsentanten sind zu fragen, sondern auch die kommunalen Akteure vor Ort, die deutlich näher am tatsächlichen Geschehen sind. Erfahrene Ehrenamtler sind miteinzubinden.
- **Beim Bauen müssen die Klimafolgenanpassung und der Hochwasserschutz mitgedacht werden. In Sonntagsreden spielt dies bereits eine Rolle.** Fast jedes kommunale Entwicklungskonzept trifft Aussagen zur Klimafolgenanpassung und zum Hochwasserschutz. Papier und Konzepte sind geduldig und offensichtlich schnell vergessen. Hier muss das Bewusstsein geschärft werden.
- **Immer in Ereignissen größer HQ100 denken.** Es reicht nicht mehr aus, nur im sogenannten „100-jährigen Hochwasserereignis“ zu denken. Der Klimawandel hat uns gezeigt, dass wir darüber hinaus denken und handeln müssen. Was das für die Bebauung, den Regenrückhalt und die Abführung von Wasser bedeutet, ist durch neue Berechnungsmethoden zu ermitteln.



Abb. 3: Autos zurück auf ihren Stellplätzen

- **Die klimagerechte Stadtentwicklung muss eine Prämisse für jede Kommune sein.** Die Kommunalpolitik muss für die Einwohnerinnen und Einwohner die Stadt-

entwicklung deutlich mehr unter dem Gesichtspunkt der „Klimagerechtigkeit“ denken – dies sowohl für die bestehende Generation als auch für die nachfolgenden Generationen. Nur mit einer klimagerechten Stadtentwicklung werden Städte und Gemeinden zukunftsfähig sein.

- **Es sind deutlich mehr Retentionsräume zu schaffen.** Die bisherigen Retentionsflächen reichen nicht aus. Viel zu oft sind in der jüngeren Vergangenheit Flächen versiegelt worden, die eigentlich die Funktion als Retentionsraum hatten. Das schnelle Vergessen muss ein Ende haben.
- **Bestehende Baugebiete müssen überprüft und auf die Hochwassergefahren angepasst werden.** Vordringlich sind die Baugebiete zu überprüfen, die bei der jetzigen Flutkatastrophe in große Mitleidenschaft gezogen worden sind. Es sind überwiegend Neubaugebiete, auf denen erst jüngst eine Bebauung zugelassen wurde. Jedes Baugebiet ist auf seine Geeignetheit hin zu überprüfen. Dort, wo die Hochwassergefahren nicht beherrschbar sind, darf nicht neu gebaut werden.
- **Konsequente Bauverbote in Überschwemmungsgebieten durchsetzen.** Diese Bauverbote sollten eigentlich selbstverständlich sein. Zu viele Ausnahmen haben hier jedoch für weitere Präzedenzfälle gesorgt. Bauverbote müssen restriktiv gehandhabt werden.
- **Baugenehmigungen müssen deutlich restriktiver ausgesprochen werden.** Es darf absolut keine Ausnahmen mehr in Hinblick auf den Hochwasserschutz geben. Die zum Teil über Jahrzehnte eingeschlichene „Augen-zu-Genehmigungspraxis“ muss aufhören. Es ist nicht gut gegangen!



Abb. 4: Provisorisches, halböffentliches Wohnen im Obergeschoss der Scheune

- **Wiederaufbau der zerstörten Erschließung nur dort, wo sinnvoll – trotz gemeindlicher Erschließungspflicht.** Die gemeindliche Infrastruktur ist zum Teil in den Flutgebieten vollständig zerstört. Straße, Beleuchtung, Gehweg, Kanal, Gas, Strom – alles ist weggerissen. Die Frage, ob

hier die Kommune in der Pflicht ist, die Erschließung für den Wiederaufbau der Häuser zu leisten, ist zu klären. Ist es sinnvoll, im Überschwemmungsgebiet erneut Infrastruktur aufzubauen?

- **Die Bewältigung der Flutkatastrophe für ein raumplanerisches Modellprojekt nutzen.** Natürlich muss sich jetzt überall die Frage gestellt werden, ob und wie auf den zerstörten Flächen wieder gebaut werden darf. Die sicherlich jetzt häufiger auftretenden Extremwetterlagen erfordern auch neue Überlegungen zur Fortentwicklung des geltenden Rechtsrahmens.
- **Eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Hochwasserschutz schaffen.** Es könnten innerhalb einer solchen besonderen Entwicklungsmaßnahme mit Finanzhilfen von Bund und Land Bereiche festgelegt werden, die nicht mehr bebaut werden dürfen, sondern dem Hochwasserschutz dienen. Als Ausgleich erhalten die betroffenen Grundstückseigentümer nicht vom Hochwasser gefährdete und erschlossene Flächen. Nicht mitwirkungswilligen Flächeneigentümern droht als Ultima Ratio die Enteignung.
- **Ankauf von überschwemmten Grundstücken durch die Kommune und Umsiedlung der alten Grundstückseigentümer.** Schon jetzt müssen Städte und Gemeinden finanziell dazu in die Lage versetzt werden, den Betroffenen ein Kauf- und Umsiedlungsangebot zu unterbreiten.
- **Das Ehrenamt mit ihren Freiwilligen stärken und nutzen.** Die Flutkatastrophe hat gezeigt, dass eine Hauptlast der erfolgreichen Bewältigung der Auswirkungen beim Ehrenamt lag. Egal, ob Feuerwehr, THW, DLRG, Johanniter, DRK, Malteser, Fluthilfeinitiativen – fast alles wurde ehrenamtlich gestemmt. Die wahren Helden der Bewältigung der Flutkatastrophe waren und sind die Ehrenamtler.

Bitte kein „Nach-mir-die-Sintflut“

Der Klimawandel zeigt, wie globale Entwicklungen extreme Handlungsanforderungen an das lokale Krisenmanagement der Städte und Gemeinden stellen. Risikomanagement wird immer mehr zur Querschnittsaufgabe in den Kommunen werden müssen. Die urbane Resilienz wird das große Aufgabengebiet der Stadtentwicklung. „Urbane Resilienz“ muss ein „Fördertopf“ von Land und Bund werden. Vorsorge ist immer besser als die Heilung hinterher.



Stefan Raetz

Geschäftsführer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH (wfeg); von 1999 bis 2020 Bürgermeister der Stadt Rheinbach